

ener|gate Messenger

Meldungen und Preisdaten aus der ener|gate-Redaktion

Mittwoch, 18. September 2008

NACHRICHTEN

Bericht: Moorburg kommt

Hamburg (energate) - Der Hamburger Senat geht offenbar davon aus, dass es keine rechtlichen Möglichkeiten gibt, das von Vattenfall geplante Kohlekraftwerk Moorburg zu verhindern. Nach einem Bericht des "Hamburger Abendblatts" richtet sich die schwarz-grüne Koalition darauf ein, dass die von den Grünen geforderte völlige Ablehnung des Projekts keine juristisch haltbare Position mehr sei. Die federführende Umweltbehörde wollte auf Anfrage zu dem Bericht keine Stellung nehmen. Umweltsenatorin Anja Hajduk (Grüne) verwies in einer schriftlichen Erklärung darauf, dass die rechtlichen Klärungen, die eine Aussage über den Ausgang des Genehmigungsverfahrens zuließen, noch nicht abgeschlossen seien. Daher sei eine Entscheidung noch nicht gefallen. Diese solle bis Ende September erfolgen. Laut dem Bericht zieht der Senat zwei Möglichkeiten in Erwägung: eine uneingeschränkte Genehmigung des Pro-

jektes oder eine mit Auflagen. Die zweite Variante würde bedeuten, dass der Betrieb des Kraftwerks wasserrechtlich nur genehmigt werde, wenn Vattenfall die zur Kühlung geplante Entnahme von Elbwasser deutlich reduziere, zitiert die Zeitung Senatskreise. Die Auflage könnte demnach damit begründet werden, dass nur so künftig die Genehmigung anderer Projekte mit Kühlwasserbedarf möglich wäre. Bei diesem Szenario müssten sich Vattenfall und Umweltbehörde außergerichtlich verständigen. Aus Sicht des Senates müsse sich Vattenfall auf "substanzielle Änderungen der Planungen" einlassen. Vattenfall plant bisher zwei Blöcke mit einer Leistung von je 820 MW, hat sich aber bereit erklärt, die Leistung eines Blocks so zu reduzieren, dass dessen Emissionen dem eines Gaskraftwerks entsprechen, wie es die Grünen favorisieren. /df

Cleverty - unkluger Kannibalismus oder Zukunftsmodell?

Köln (energate) - Laufen N-Ergie und die Stadtwerke Hannover (enercity) mit ihrem bundesweiten Vertrieb in die falsche Richtung? Diese Frage wurde beim MCC-Stadtwerkeforum in Köln gestellt. Michael G. Feist, Vorstandsvorsitzender der Stadtwerke Hannover, sieht die gemeinsame Vertriebstochter Cleverty in drei bis vier Jahren in den schwarzen Zahlen. Man müsse jetzt mit dem Konzept "Baukastenprinzip" bei Energieprodukten Vorsprung gegenüber möglichen Nachahmern gewinnen. Er glaube aber nicht, dass noch viele "Clevertys" kommen werden. Neben den Großen hätten vielleicht noch fünf bis zehn wei-

tere Unternehmen Interesse an bundesweiten Vertriebsaktivitäten, sagte Feist in Köln. Dafür sei die Anfangsinvestition - nicht nur finanziell gesehen - einfach zu groß. An die beiden Partner aus Hannover und Nürnberg seien mittlerweile weitere Interessenten herangetreten, nach den Worten Feists "teilweise überraschende Angebote", auch aus der "Nicht-Stadtwerke-Ecke". N-Ergie und Enercity wollen den schwierigen Weg vorerst jedoch alleine meistern. Vielleicht zu einem späteren Zeitpunkt könnten weitere Partner hinzustoßen, aber "nicht mehr als eine Handvoll". Die Kooperation im Vertrieb sei insbesondere mit Blick auf die

NACHRICHTEN

Risikoverteilung beschlossen worden. "Wir kennen den Norden, N-Ergie den Süden", erläuterte der Stadtwerke-Chef aus Hannover. Für einen Geschäftsführer, der nicht aus der Energie-, sondern aus der Telekommunikationsbranche kommt, habe man sich "schwer, aber bewusst entschieden", kommentierte er die Ernennung von Thorsten Hansen zum alleinigen Geschäftsführer ab dem kommenden Jahr. Man brauche jemanden, der auf Angriff schaltet und nicht nur Bestandskunden halten kann, so Feist. "Angriff" war das Stichwort, das bei einigen Konferenzteilnehmern Unverständnis und Missfallen auslöste. "Kannibalismus" kritisierte der Geschäftsführer der Stadtwerke Hameln, Klaus Arnold. Stadtwerke sollten sich lieber mit einer einheitlichen Marke und im zweiten Schritt mit einheitlichen Produkten aufstellen, anstatt zu "Superstadtwerken" zu fusionieren. Der Bekanntheitsgrad der Marke Sparkasse und die Produktpolitik könnten hier als Vorbild für die Stadtwerke dienen, sagte

Arnold. Unterstützung erhielt er aus Braunschweig vom Vorstandsvorsitzenden der BS Energy. "Ich verstehe nicht, warum Sie das machen", sagte Ulrich Lehmann-Grube zu seinem Kollegen aus Hannover. Es würden so viele bundesweite Anbieter im Markt antreten, bis es sich nicht mehr lohne - das sei eine volkswirtschaftliche Tatsache. Vielleicht gebe es am Ende keinen Schiffsbruch für die neue Gesellschaft, aber große Gewinne seien unwahrscheinlich. Clevergy verfüge über kein Alleinstellungsmerkmal gegenüber anderen. Dieses hätten alleine Stadtwerke mit ihrer lokalen Verankerung und Identität. BS Energy bzw. die Mutter Veolia stellt sich als "Partner für Kommunen" auf. "Wir machen Stadtwerken keine Konkurrenz und würden nie einen bundesweiten Vertrieb starten", sagte Lehmann-Grube in Köln. Er prognostizierte eine Renaissance der Teilprivatisierung im deutschen Energiemarkt statt Fusionen mit all ihren Identitätsproblemen. /mt

Stromlücke: Greenpeace greift Dena an

Hamburg (energate) - Die Umweltorganisation Greenpeace widerspricht der Deutschen Energieagentur. Die angebliche drohende Stromlücke gebe es nicht - im Gegenteil. Greenpeace hat dazu eine Studie beim Ingenieurbüro "EU-Tech" in Auftrag gegeben, die zum Schluss kommt, dass es im Jahr 2020 erhebliche Überkapazitäten im Strommarkt geben werde. Zwölf Großkraftwerke seien zu viel. Die deutsche Energieagentur (Dena) ist im Frühjahr noch auf ein ganz anderes Ergebnis gekommen - bis 2020 fehlten demnach 15 Kraftwerke oder 12.000 MW. Greenpeace wirft der Dena "höchst fragwürdige" Annahmen vor. Sie unterstelle der staatlichen Organisation, in ihrer Studie eine Stromlücke konstruiert zu haben. Die Dena gehe von einem zu hohen Strombedarf im Jahr 2020 aus, rechne aber mit einem deutlichen geringeren Beitrag von erneuerbaren Energien und

Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen als in vergleichbaren Studien. Zudem würden kürzere Laufzeiten bestehender Großkraftwerke angesetzt als in der Praxis üblich. Für Greenpeace dient die "angebliche Stromlücke" nur als Argument für die Energiewirtschaft, um verlängerte Laufzeiten für Kernkraftwerke und neue Kohlekraftwerke durchsetzen. Aber bereits der Bericht der Bundesregierung zur Sicherheit der Stromversorgung vom August 2008 habe die Dena-Behauptungen widerlegt, so Greenpeace. /sa

Energieintensive Industrie kann auf Merkel hoffen

Berlin (energate) - Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hat der energieintensiven Industrie Unterstützung bei den anstehenden Klimaverhandlungen in Brüssel zugesagt. Es sei für das Weltklima nichts gewonnen, wenn die Aluminium-, Stahl- oder Chemieindustrie aus Deutsch-

land verschwinde und mit schlechteren Standards außerhalb Europas ausgebaut werde. "Das werden wir nicht zulassen. Deshalb werden wir strittige Diskussionen darüber führen müssen, wie wir mit energieintensiven Branchen umgehen", sagte die Kanzlerin in einer Debatte zum Bundeshaushalt. Dabei bekenne sich die Bundesregierung "ausdrücklich" zu den europäischen Klimaschutzziele. Im Gegensatz zu vielen anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union werde Deutschland die Kyoto-Verpflichtungen einhalten. Zur Sorge der Bürger vor steigenden Energiepreisen räumte Merkel ein, dies sei eines der drängendsten Probleme. Allerdings sei es sehr einfach, das Falsche zu tun, indem man sich auf den Standpunkt stelle, dass Energiepreise nicht nachhaltig steigen könnten. Die Bundesregierung eröffne den Bürgern mit ihrer Politik mehr Wege zum effizienteren Umgang mit Energie. So könnten sie ihre Kosten reduzieren. /df

NACHRICHTEN

50.000 Unterschriften gegen die Anreizregulierung

Berlin (energate) - Die Gewerkschaft Verdi befürchtet durch die Regulierung den Verlust von Zehntausenden von Arbeitsplätzen und fordert Änderungen. Um auf die Folgen der Regulierung hinzuweisen, überreichten Gewerkschaftsvertreter in Berlin 50.000 Unterschriften an den parlamentarischen Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Hartmut Schauerte (CDU). Die Kostensenkungen im Zuge der Anreizregulierung, die im kommenden Jahr eingeführt wird, "sind derart hart, dass die Unternehmen auf notwendige Investitionen verzichten und drastisch Personal einsparen werden", sagte Erhard Ott, Bundesvorstandsmitglied von Verdi bei der Übergabe. Befürchtet wird der Verlust von 40.000 Arbeitsplätzen in der Energiewirtschaft. Zudem stehe auch die Versorgungssicherheit auf dem Spiel, so Ott. Verdi fordert daher eine Novellierung der Regulierungsverordnung - die 50.000 Unterschriften sollen der Forderung Nachdruck verleihen. Jeder dritte Beschäftigte in der deutschen Energiewirtschaft habe in den vergangenen Wochen den Aufruf für eine "Netzregulierung mit Augenmaß" unterschrieben, so Verdi. /sa

Politik puscht energetische Sanierung

Berlin (energate) - Die Politik setzt bei der Steigerung der Energieeffizienz im Wärmesektor auf Kontinuität. Die wichtigsten Förderprogramme seien bis 2015 abgesichert und werden unabhängig von Regierungskonstellationen Bestand haben, erklärten Joachim Pfeiffer (CDU) und Ulrich Kelber (SPD) unisono auf der

2. Wärmekonferenz des Branchenverbandes BDH in Berlin. Das Stop-and-Go nach Kassenlage habe damit ein Ende und jeder förderfähige Antrag soll künftig bewilligt werden. Die Politiker waren sich einig darin, dass mit der Verstetigung des Marktanreizprogramms und der neuen Energieeinsparverordnung die richtigen Instrumente zur Förderung der energetischen Sanierung im Gebäudesektor beschlossen worden seien. Auch die Förderung von Mini-Kraftwärme-Kopplungsanlagen und des KWK-Eigenverbrauchs seien ein "Riesenschritt", betonte CDU-Mann Pfeiffer. Noch nicht einig sind sich die beiden Regierungsparteien darin, wie das Mieter-Vermieter-Dilemma aufgelöst werden könne. Bislang profitiert von den Investitionen des Vermieters in die energetische Modernisierung einer Immobilie in erster Linie der Mieter - durch geringere Energiekosten. Während die SPD Mietern die Möglichkeit geben will, bei ausbleibender Heizungsmodernisierung die Kaltmiete zu senken, lehnt die Union mietrechtliche Eingriffe strikt ab. Auch über die Kontrolle der Einhaltung der Energieeinsparverordnung im Neubau streiten die Parteien noch. Die SPD will bei Versäumnissen über das Ordnungsrecht Strafzahlungen einführen. Auch das wird mit der Union wohl nicht zu machen sein, deutete Pfeiffer an. Trotz dieser kleineren Unstimmigkeiten begrüßte BDH-Präsident Klaus Jesse, dass die Bundesregierung endlich der langjährigen Forderung der Wärmeindustrie nach verlässlichen Investitionsbedingungen nachkomme. Die Diskussionen der letzten Jahre um ständig neue gesetzliche Vorgaben und Förderanreize hätten dem Markt zuletzt sehr stark geschadet. /cs

Bund zahlt für Asse-Debakel

Berlin (energate) - Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD) kann nach eigenen Angaben noch nicht beziffern, wie viel die Sanierung der Schachanlage Asse II bei Wolfenbüttel in Niedersachsen kosten wird. Fest stehe nur, dass die finanzielle Verantwortung dafür beim Bund liege, sagte Gabriel in einer gemeinsamen Sondersitzung des Umwelt- und des Forschungsausschusses des deutschen Bundestages. Bis Anfang November solle ein "Optionenvergleich" über den weiteren Umgang mit dem Atommüllendlager vorliegen. Geprüft wird unter anderem die Möglichkeit, den radioaktiven Müll vollständig oder teilweise aus der Schachanlage zu bergen. Mehr Klarheit über die Sanierungs- bzw. Schließungskosten soll zudem ein Standsicherheitsgutachten bringen. Dieses soll bis Anfang Oktober vorgelegt werden, erläuterte Bundesforschungsministerin Annette Schavan (CDU). Es gebe Anzeichen, dass es technisch möglich sei, die Standsicherheit über 2014 hinaus zu verlängern, sagte sie. /cs

VGB fordert Zubau von 170.000 MW Kraftwerksleistung

Essen (energate) - Der Verband der Kraftwerksbetreiber VGB Powertech prognostiziert einen Anstieg des Stromverbrauchs in Europa bis 2020 um 15 Prozent. Der Verbrauch werde von derzeit 3.400 Mrd. kWh auf 4.000 Mrd. kWh ansteigen. Als Gründe nannte der VGB den Nachholbedarf in den neuen EU-Mitgliedsländern, neue, zusätzliche Elektrogeräte und die zunehmende Nutzung von Strom zum Heizen mittels Wärmepumpen und für Elektroautos. Mit erneuerbaren Energien

NACHRICHTEN

allein lasse sich der zusätzliche Strombedarf nicht decken, "der bisherige Zubau müsste etwa verdreifacht werden", so der Verband. Neben dem erhöhten Strombedarf müssten auch die Klimaziele der Europäischen Union berücksichtigt werden - um 21 Prozent sollen die Emissionen von Industrie und Stromwirtschaft bis 2020 im Vergleich zu 2005 sinken. Deshalb fordert der Verband den Neubau von neuen Kernkraftwerken. Der Bau der geplanten Anlagen in Finnland, Frankreich, Großbritannien, Bulgarien und Rumänien "ist dabei zwingend". Sollten die deutschen Atommeiler abgeschaltet werden, müsste jährlich ein neues Kernkraftwerk in Europa ans Netz gehen. Doch auch das würde noch nicht reichen, um Klimaschutz und Versorgungssicherheit zu verbinden. Aktuelle Berechnungen des VGB zeigten, dass Kohle- und Gaskraftwerke mit einer Leistung von 170.000 MW bis 2020 gebaut werden müssten. Speziell neue Kohlekraftwerke spielten hier eine wichtige Rolle. /sa

Stadtwerke Weißwasser suchen Chef

Weißwasser (energate) - Drei Bewerber gibt es für den Posten des Geschäftsführers bei den Stadtwerken Weißwasser. Neben Petra Brünner und Stefan Przymosinski, beide kommen aus dem Unternehmen, hat sich auch der Finanzbürgermeister der Stadt, Ronald Krause (SPD), um den Posten des zweiten Geschäftsführers beworben, meldet die "Lausitzer Rundschau". Gesucht wird der Nachfolger von Heinz Grosa, der in den Ruhestand geht. Hauptgeschäftsführer ist Vincent Rullet, er kommt vom Mehrheitseigner der Stadtwerke, dem französischen Veolia-

Konzern. Am 24. September wird der Stadtrat über den zweiten Geschäftsführer entscheiden. /sa

Payback bietet Tarifrechner und Bonuspunkte

München (energate) - Beim Bonusprogramm Payback können Kunden ab sofort mit Strom und Gas Punkte sammeln. Auf der Internetseite von Payback steht nun auch ein Tarifrechner für Strom und Erdgas zur Verfügung. Kommt ein Vertragsabschluss darüber zustande, so erhalten Payback-Kunden 250 bis 1.000 Rabattpunkte, teilt das Unternehmen mit. Den Preisvergleich selbst übernimmt dabei der Kooperationspartner Toptarif. /sa

Verbraucherzentrale verklagt Vattenfall

Berlin (energate) - Die Verbraucherzentrale Berlin hat die Vattenfall Europe AG wegen angeblich unlauteren Wettbewerbs verklagt. Die Verbraucherschützer werfen dem Versorger vor, zu Unrecht mit dem Slogan "Bester Stromanbieter 2008" zu werben. Diesen Titel verlieh das "Deutsche Institut für Service-Qualität" (Disq) an Vattenfall. Die Bezeichnung dieser Firma als Institut führt nach Ansicht der Berliner Verbraucherzentrale jedoch in die Irre. "Wenn die Verbraucher 'deutsches Institut' lesen, erwarten sie dahinter eine anbieterunabhängige Einrichtung und kein privatwirtschaftliches Unternehmen", sagte Ronny Jahn, Jurist der Verbraucherzentrale. Die Bezeichnung "Institut" erwecke den Anschein, dass eine öffentliche oder unter öffentlicher Aufsicht stehende Einrichtung die Stromanbieter getestet und bewertet habe, erklärte eine Sprecherin der

Verbraucherzentrale gegenüber energate. Das sei beim Deutschen Institut für Service-Qualität aber nicht der Fall. Tatsächlich handelt es sich bei besagtem Unternehmen um eine Privatfirma, die nach Medienberichten in enger Verbindung mit einer PR-Agentur steht. /cs

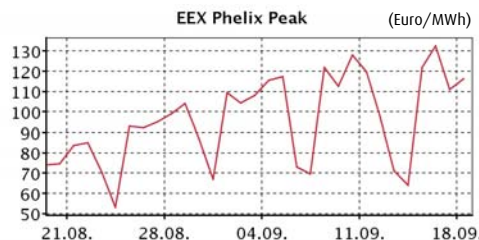
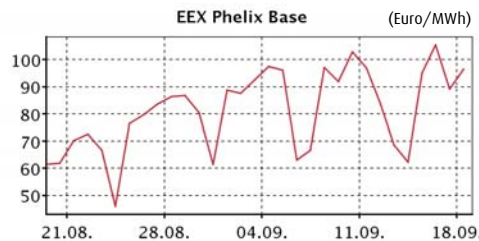
Österreich: Marktkonzentration unverändert hoch

Wien (energate) - Ein denkbar schlechtes Zeugnis stellt die österreichische Regulierungsbehörde E-Control dem Strom- und Gaswettbewerb in der Alpenrepublik aus. Die Marktkonzentration sei unverändert hoch, klagt die Behörde in ihrem Bericht "Wettbewerb quo vadis?" zur Lage des Strom- und Gasmarktes in Österreich. So habe 2007 kein einziger neuer Energielieferant den Markt betreten, stellte die Regulierungsbehörde fest. Als Grund für die lahme Wettbewerbsentwicklung nennt E-Control insbesondere die geringe Wechselfreudigkeit der Kunden, die auch mit fehlenden Informationen von Wettbewerbern über mögliche Preisvorteile zusammenhänge. So hätten im Jahr 2007 nur 1,5 Prozent der Haushaltskunden ihren Stromversorger und 0,5 Prozent ihren Gasversorger gewechselt. Im Industriekundenbereich lag die Wechselquote bei 9,5 Prozent beim Strom bzw. 4,9 Prozent beim Gas. Als weiteren wunden Punkt spricht E-Control die noch unzureichende Netzentflechtung an. Die Behörde selbst sieht ihre Hände hier gebunden. Sie könne die meisten notwendigen Maßnahmen nicht durchsetzen, "da die innerösterreichische Umsetzung der europäischen Vorgaben keine effektiven Sanktionsmechanismen vorsieht", heißt es in dem Papier. /sd

MARKTDATEN EEX STROM

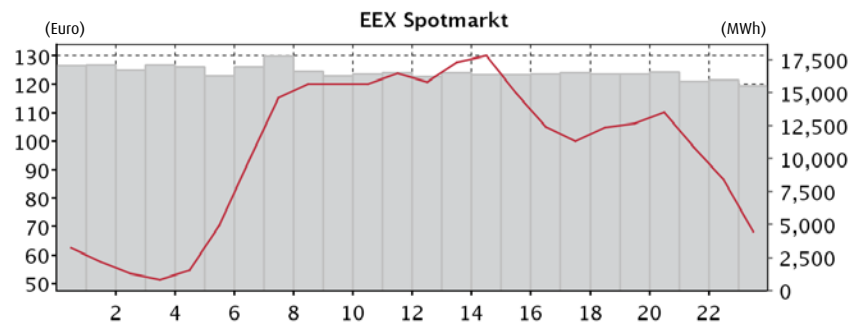
EEX-Spotmarkt - Preise für den 18.09.2008

EEX Spotmarkt		
Stunde	Preis (Euro/MWh)	Umsatz (MWh)
1	55,03	16.258
2	54,99	16.062
3	51,45	16.402
4	45,52	16.581
5	51,44	16.305
6	58,14	15.978
7	72,68	15.652
8	92,28	15.975
9	104,81	15.920
10	107,98	16.345
11	116,86	16.463
12	146,63	16.711
13	119,35	16.466
14	115,06	16.540
15	108,93	16.934
16	102,75	16.648
17	98,10	16.889
18	98,07	16.613
19	97,77	16.582
20	95,09	16.494
21	96,78	16.763
22	90,98	16.290
23	80,05	16.610
24	68,23	16.945
		394.425



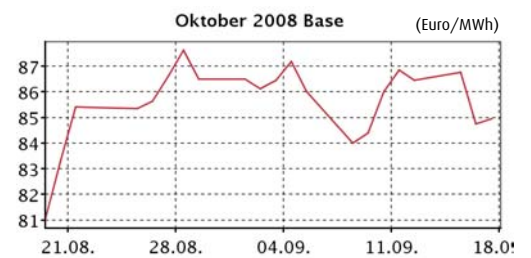
Phelix Base		Phelix Peak	
Euro/MWh			
96,53	↗ (+7,42)	116,30	↘ (+5,20)

EEX Blöcke (Euro/MWh)	
Off Peak I	69,79
Off Peak II	90,67
Night (1-6)	58,32
Morning (7-10)	112,14
Business (9-16)	122,43
High Noon (11-14)	123,11
Afternoon (15-18)	112,97
Rush Hour (17-20)	104,05
Evening (19-24)	95,64



EEX-Terminmarkt - Phelix Futures vom 17.09.2008

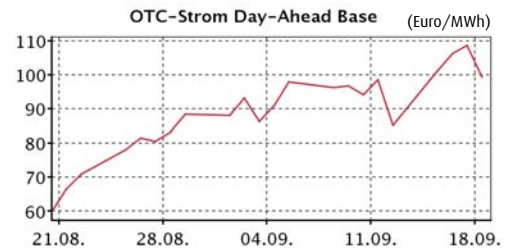
Produkt	Base		Peak	
	Preis (Euro/MWh)	Umsatz (MWh)	Preis (Euro/MWh)	Umsatz (MWh)
Sep 08	86,08	0	114,56	0
Okt 08	84,95	130.375	114,03	1.380
Nov 08	90,13	18.000	127,00	0
Dez 08	85,28	15.624	116,90	0
Jan 09	92,99	0	128,46	0
Feb 09	93,00	0	128,00	0
Q4/08	86,75	72.897	118,96	0
Q1/09	89,21	12.954	125,75	0
Q2/09	66,90	10.920	92,00	0
Q3/09	69,88	103.776	104,45	7.920
Q4/09	82,77	77.315	118,00	15.840
Q1/10	83,76	0	122,00	0
Q2/10	65,75	0	94,00	0
Q3/10	67,75	0	0,00	0
Q4/10	81,25	0	0,00	0
2009	77,15	3.994.560	110,00	122.148
2010	74,60	1.165.080	108,50	72.036
2011	74,90	902.280	108,88	12.480
2012	77,13	131.760	110,75	46.980
2013	81,75	87.600	122,00	0
2014	83,00	0	123,50	0



MARKTDATEN OTC-STROM

Strompreise vom 17.09.2008

SPECTRON Produkt	Base		Peak	
	Bid	Ask	Bid	Ask
	Euro/MWh			
Oktober	84,75	85,25	113,50	114,50
November	89,75	90,25	126,00	127,00
Dezember	84,70	85,20	116,00	117,00
Q4/08	86,35	86,85	118,10	119,10
Q1/09	88,70	89,20	124,50	125,50
Q2/09	66,50	67,00	94,75	95,75
Q3/09	66,90	67,40	104,25	105,25
Q4/09	83,25	83,75	116,25	117,25
2009	77,20	77,35	110,10	110,60
2010	74,60	74,75	107,90	108,40
2011	75,10	75,20	108,25	108,75



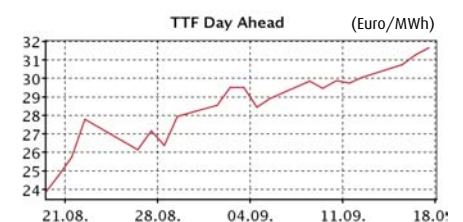
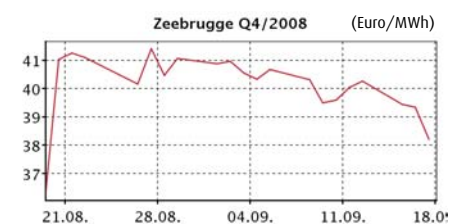
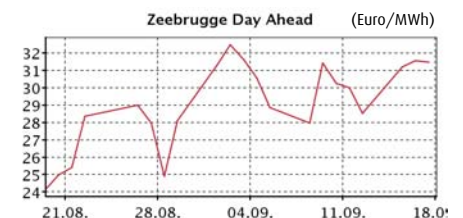
OTC-Day-Ahead-Index Base		OTC Day-Ahead-Index Peak	
99,27	⬇️ (-9,37)	124,78	⬇️ (-12,99)

MARKTDATEN GAS

Gaspreise vom 17.09.2008

TTF	Bid	Ask
	Euro/MWh	
Day Ahead	31,60	31,70
Weekend	31,10	31,20
Oktober	32,00	32,15
November	38,40	38,65
Dezember	39,30	39,55
Q4/08	36,60	36,80
Q1/09	40,20	40,50
Q4/09	34,40	34,70
Q1/10	38,60	38,85
Winter 08	38,40	38,60
Sommer 09	31,40	31,60
Winter 09	36,45	36,75
Sommer 10	31,50	31,65
Kalender 2009	34,30	34,50
Kalender 2010	33,90	34,05
Kalender 2011	33,65	34,00

Zeebrugge	Bid	Ask
	Euro/MWh	
Within Day	31,86	31,91
Day Ahead	31,43	31,48
Weekend	31,07	31,11
WDNW	31,71	31,76
Oktober	32,64	32,70
November	39,76	39,85
Dezember	42,28	42,36
Q4/08	38,18	38,26
Q1/09	42,62	42,71
Winter 08	40,39	40,47
Sommer 09	32,77	32,85
Winter 09	39,70	39,79
Sommer 10	32,55	32,64
Winter 10	38,39	38,48
Sommer 11	32,81	32,89



IMPRESSUM

Herausgeber & Verlag:
energate GmbH & Co. KG
Nobberstraße 5
D-45131 Essen

Handelsregister:
Amtsgericht Essen HRA 7189

Komplementärin:
energate Verwaltungs GmbH
Amtsgericht Essen HRB 14483

Geschäftsführung:
Marc Hüther, Dirk P. Lindgens

Redaktion:
Thorsten Czechanowsky, Stefanie
Dierks, Dennis Fischer, Oliver Risse,
Stefan Sagmeister, Christian Seelos,
Michaela Taz, Ständige redaktionelle
Mitarbeiter: Dr. Heiko Lohmann
V.i.S.d.P.: Stefan Sagmeister

Redaktionsanschrift Essen:
Nobberstraße 5, D-45131 Essen
Telefon +49 (0) 201 1022.500
Telefax +49 (0) 201 1022.555
redaktion@energate.de

Abonnement:
Der energate-Messenger erscheint
wöchentlich im PDF-Format und wird
per E-Mail versendet. Das
Abonnement kostet zur Zeit 139,- €
(zzgl. MwSt.) monatlich und
beinhaltet zusätzlich den Vollzugriff
auf unsere Internetplattform
www.energate.de mit zusätzlichen
Nachrichten und Marktdaten (jeweils
inklusive Archiv bzw. Historien) sowie
Tools. Preise für Mehrbenutzerlizen-
zen auf Anfrage.

Kundenservice:
Telefon: +49 (0) 201-10 22 500
Fax: +49 (0) 201-10 22 555
E-Mail: kundenservice@energate.de

Haftungsausschluss & Copyright:
Sämtliche Informationen des
energate-Messengers wurden mit
höchster Sorgfalt erstellt. Für die
Vollständigkeit, Richtigkeit und
Aktualität der Daten kann jedoch
keine Gewähr übernommen werden.

Alle Inhalte des energate-
Messengers sind urheberrechtlich
geschützt. Jede Verwertung
außerhalb der engen Grenzen des
Urheberrechts ist ohne Zustimmung
des Verlags unzulässig. Dies gilt
insbesondere für Vervielfältigungen,
Speicherung in elektronischen
Systemen und das Weiterleiten per E-
Mail.